

Geldsegen für Nikolauskapelle

Sanierung: Haupt- und Finanzausschuss stimmt 200 000 Euro hohem Zuschuss zu

Geretsried – Die Kommune beteiligt sich mit 200 000 Euro an der Sanierung des ältesten Gebäudes in der Stadt: die vor 300 Jahren geweihte Nikolauskapelle an der B11. Der Haupt- und Finanzausschuss ist am Dienstag dem empfehlenden Satzungsbeschluss des Kulturausschusses gefolgt. Trotz zunehmend schwieriger Finanzlage (siehe Bericht unten) stand es für das Gremium außer Frage, den Zuschuss in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Wie berichtet müssen das Holzschindeldach erneuert und Fäulnissschäden am Dachstuhl ausgebessert werden. Auch Witterungsfolgen an der vergoldeten Dachbekrönung gilt es zu beheben und die Fassade zu renovieren. Zudem fehlt eine Blitzschutzanlage.

Die Interessengemeinschaft zur Erhaltung der Nikolauskapelle rechnet mit etwa einer halben Million Euro für die Maßnahme, die nächstes Jahr in Angriff genommen werden soll. Der Verein hat über den Verkauf von Dachschindelpatenschaften bereits Spenden in Höhe von



Die malerische Kulisse der Nikolauskapelle genießen Geretsrieder Katholiken gerne bei Hochzeiten und Taufen im kleinen Rahmen.

rund 60 000 Euro generiert, berichtete Anita Zwicknagl vom Kulturamt in der Sitzung.

Auf Nachfrage von Dr. Detlev Ringer (Grüne) bestätigte Bürgermeister Michael Müller, dass die Nikolauskapelle sich im Besitz der Kirchenstiftung befinde. Bekanntlich sieht das Ordinariat mit zwei katholischen Kirchen in der Stadt den pastoralen Nutzen der Kapelle als nicht mehr gegeben an. Dennoch signalisierte das Ordinariat, sich mit 80 000 Euro am Erhalt des Kleinods zu beteiligen.

Martina Raschke von den Grünen erkundigte sich, ob sich die Sanierung aufschieben lasse. „Der Käfer wird sich nicht aufhalten lassen“, sagte der Rathauschef mit Blick auf den Anobienbefall im Kirchen- und Dachraum. Die Stadt teilt den Zuschuss nach Rücksprache mit der Interessengemeinschaft auf zwei Jahre auf, will also nächstes Jahr 100 000 Euro ausschütten. Die zweite Hälfte soll 2024 folgen. Der Haupt- und Finanzausschuss fasste den Beschluss einstimmig.